PB.I-01-282-2

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	BAG Frieden und Internationales
Beschlussdatum:	17.04.2021

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 282 bis 296:

Die afrikanischen Staaten und ~~die Europäische Union sind regional wie historisch eng verbunden und teilen gemeinsame Interessen. Die afrikanischen Gesellschaften sind divers und vielfältig mit über 3.000 Sprachen in 54 Staaten. In den Beziehungen mit den afrikanischen Staaten setzen wir uns – auf Basis einer gemeinsamen, globalen Verantwortung für Frieden, nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit – für eine in der Bundesregierung und der EU abgestimmte und differenzierte Politik ein. Die Zukunft liegt in einer Afrikapolitik, die sich von kolonialen und patriarchalen Denkmustern freimacht und gleichzeitig die europäische Verantwortung gegenüber dem Kontinent ernst nimmt. Die Fortsetzung einer einseitigen Politik, die in weiten Teilen auf Fluchtabwehr, unfairen Handelsbeziehungen und der Ausbeutung von Rohstoffen fußt, lehnen wir ab. Anstatt für sich ewig konterkarierende Ansätze machen wir uns für eine gemeinsame und kohärente EU-Afrika-Strategie stark, die Zukunftsthemen wie Klimaschutz und Digitalisierung ebenso ins Zentrum rückt wie die globale sozial-ökologische Transformation und zivile Krisenprävention. Der Afrikanischen Union stehen wir bei der Umsetzung ihrer Agenda 2063 und der regionalen Entwicklungsagenden nach Kräften zur Seite.~~Europa sind regional wie historisch eng verbunden. Deutsche und EU-Afrikapolitik muss sich von kolonialen und patriarchalen Denkmustern freimachen und gleichzeitig die europäische Verantwortung gegenüber dem Kontinent sowie die Interessen der afrikanischen Partnerländer und -organisationen ernst nehmen. Wir blicken differenziert auf den afrikanischen Kontinent und berücksichtigen die Unterschiede zwischen den afrikanischen Regionen ebenso wie die Besonderheiten innerhalb der jeweiligen Regionen. Die kontinentale Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika sollte sich auf konsequenten Klimaschutz, Digitalisierung, Technologietransfer und zivile Krisenprävention fokussieren, muss ungerechte Strukturen abbauen und mit ausreichenden finanziellen Mitteln unterfüttert werden. Deutschland sollte im Rahmen der EU eine außen-, entwicklungs-, sicherheits- und wirtschaftspolitisch aktivere Rolle in Afrika spielen. Wir wollen gezielt Investitionen fördern, die die sozial-ökologische Transformation in afrikanischen Ländern unterstützen. Auf Basis einer gemeinsamen, globalen Verantwortung für Frieden, nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit wollen wir neben der staatlichen Zusammenarbeit auch mehr mit den afrikanischen Zivilgesellschaften zusammenarbeiten. Häufig von jungen Menschen getragene soziale Bewegungen, die sich für Menschenrechte und eine bessere Regierungsführung in ihren Ländern einsetzen, haben unsere Solidarität. Wir unterstützen nationale Dialogprozesse und gesellschaftliche Transformationen. Die Fortsetzung einer einseitigen Politik, die in weiten Teilen auf die Abwehr von Geflüchteten, unfairen Handelsbeziehungen und der Ausbeutung von Rohstoffen fußt, lehnen wir ab. Der Afrikanischen Union sowie den Regionalorganisationen stehen wir bei der Umsetzung ihrer Agenda 2063, der afrikanischen kontinentalen Freihandelszone und der regionalen Entwicklungs- und Friedensagenden nach Kräften zur Seite.

Begründung

Der Änderungsantrag wurde von Mitgliedern der BAG Frieden und Internationales und der BAG Globale Entwicklung gemeinsam erarbeitet. Ziel ist es, den noch unzureichend präzisierten Abschnitt stärker an den afrikanischen Prioritäten auszurichten, die europäisch-afrikanischen Beziehungen stärker in den Mittelpunkt zu stellen und die Schwerpunkte zu präzisieren.